IDZ – INSIGHTS

NEWSLETTER DES INSTITUTS FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

twitter.com/idz_jena

facebook.com/idzjena

www.idz-jena.de

2019 | 01

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Liebe Leser_innen,

Ein spannendes Jahr 2018 liegt hinter, und ein nicht weniger aufregendes 2019 vor uns. Für das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft wird es, neben neuen Forschungs- und Kooperationsprojekten in Thüringen und darüber hinaus, vor allem vom Aufbau des bundesweiten „Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ geprägt sein (siehe S. 5). Mit den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in Thüringen stehen wichtige demokratische Entscheidungen an, deren Ausgang die politische Kultur prägen werden. Wir freuen uns auf die anstehenden Chancen und Herausforderungen und darauf, gemeinsam mit Ihnen auch in Zukunft demokratische Kultur zu erforschen und diese zu stärken.

Der vorliegende Newsletter gibt Einblicke in die Arbeit des IDZ: Vielfältige Forschungsprojekte, Publikationen und Veranstaltungen werden vorgestellt. Ein Highlight stellte 2018 die internationale Fachkonferenz „Gewalt gegen Minderheiten – Perspektiven und Strategien zum Umgang mit Hasskriminalität“ dar, die in Kooperation mit dem VBRG e. V. stattfand. Mit dieser Konferenz konnten wir einen wichtigen Beitrag leisten, um die Debatten über das Konzept der „Hasskriminalität“ in Deutschland und die dafür notwendigen Perspektivübernahmen zwischen Betroffenenvertretungen, Wissenschaft, Politik, Polizei und Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Die jüngst als vierter Band unserer Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ erschienene Tagungsdokumentation trägt bei, Diskussionen um Hasskriminalität auf Grundlage aktueller nationaler und internationaler Befunde und Entwicklungen fortzuführen.

Erst im August 2018 erschien Band 3 der Schriftenreihe zum Schwerpunkt „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“. Die Veröffentlichung des dritten Bandes unserer Schriftenreihe in Eisenach wurde gerahmt durch einen Vortrag von Andreas Grau (Bertelsmann Stiftung) und einer Podiumsdiskussion, unter anderem mit Mirjam Kruppa, der Thüringer Beauftragten für Migration, Integration und Flüchtlinge.

Darüber hinaus wurden diverse Forschungsberichte publiziert. Diese können auf unserer Homepage abgerufen werden: „Hassliebe – Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung“, „Situations- und Bedarfsanalyse für LSBTTIQ* in Thüringen – Ergebnisse einer Verwaltungsbefragung“, „#Hass im Netz - der schleichende Angriff auf unsere Demokratie".

Diese Highlights sind nur ein paar Insights in die Arbeit des IDZ, zu der ganz im Sinne des Wissenschaft-Praxis-Dialogs außerdem zahlreiche Vorträge, Interviews, Hintergrundgespräche, Podiumsdiskussionsteilnahmen und Workshops gehören.

Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre unserer IDZ-Insights sowie ein frohes und ein erfolgreiches Jahr 2019!

Das IDZ-Team

INHALT

3 Fachkonferenz „Gewalt gegen Minderheiten“

5 Aus der Arbeit des IDZ

11 Gesprächsreihe: Mit uns statt über uns! – Wir sprechen über Demokratie

5 IDZ ist Teil des bundesweiten Verbundinstituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt

6 Neue Studien aus dem IDZ

11 Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“

Fachkonferenz „Gewalt gegen Minderheiten“ am 20. und 21. September 2018

Daniel Geschke

Die Projektleiterin von ezra erläutert die Arbeit der Opferberatung. (Quelle: IDZ)

Wie kann vorurteilsmotivierte, gruppenbezogene Gewalt erkannt und verhindert werden? Welche internationalen Befunde zu und Erfahrungen mit Hasskriminalität gibt es? Wie können gesellschaftlich stigmatisierte und dadurch besonders gefährdete Gruppen gestärkt werden? Am 20. und 21. September 2018 fand zu diesen Fragen in Jena die Fachkonferenz „Gewalt gegen Minderheiten: Internationale Perspektiven und Strategien zum Umgang mit Hasskriminalität“ statt. Sie wurde vom IDZ in Kooperation mit dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) organisiert und durchgeführt.

Zentrales Anliegen der bundesweiten Fachkonferenz war es, internationale Sichtweisen und Erfahrungen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen in Bezug auf Gewalt gegen Minderheiten zu verbinden und zu diskutieren. In einer Mischung aus Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops haben Vertreter_innen verschiedener Betroffenengruppen (u.a. Zentralrat der Juden in Deutschland, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe), renommierte internationale und nationale Expert_innen aus verschiedenen Bereichen der Wissenschaft (u.a. Rechtswissenschaft, Kriminologie) und der Praxis (u.a. Vertreter_innen von Opferberatungen, Amnesty International) ihre jeweiligen Perspektiven dargelegt und diskutiert. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft von Georg Maier, dem Thüringer Minister für Inneres und Kommunales. Über 100 Konferenzteilnehmende aus der Wissenschaft und Praxis, Politik, Verwaltung und Polizei nutzten die Gelegenheit, ihre eigenen Sichtweisen einzubringen und neue kennenzulernen.

Die Konferenz trug damit zum intersektionalen Austausch und Erkenntnistransfer für das hoch relevante Thema der Hasskriminalität in Deutschland bei. Unter anderem wurde das bestehende deutsche System der Erfassung von Gewalt gegen Minderheiten als Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) rechts in seiner Entwicklung und seinen aktuellen Veränderungen dargestellt und von Betroffenenvertreter_innen, Wissenschaftler_innen und Praktiker_innen aus verschiedenen Gründen als verbesserungs- bzw. reformwürdig kritisiert. →

Abschlusspodium (v.l.n.r.): Dr. Matthias Quent (Moderation/ IDZ), Martin Thüne (Forschungsstelle der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei), Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung), Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus), Dr. Maria Scharlau (Amnesty International) (Quelle: IDZ)

Zu den Highlights der Konferenz gehörten unter anderem der öffentliche Vortrag von Prof. Barbara Perry aus Kanada, in dem sie im historischen Rathaus der Stadt Jena der interessierten Stadtöffentlichkeit vom Umgang mit Hasskriminalität in den USA und Kanada sowie den Ergebnissen ihrer langjährigen Forschung berichtete. Der Rechtsanwalt Onur Özata bezog ihre Ausführungen anschließend auf Deutschland und berichtete von seinen Erfahrungen als Anwalt von Opfern vorurteilsmotivierter Gewalt.

Während der Konferenz hat Dr. Eva Groß von der kriminologischen Forschungsstelle Niedersachsen gemeinsam mit Kollegen Deutschlands erste repräsentative Dunkelfeldstudie zu Hasskriminalität in Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorgestellt. Beim Abschlusspodium diskutierten – moderiert von Matthias Quent – der Beauftragte für jüdisches Leben in Deutschland Felix Klein, Maria Scharlau von Amnesty International, Martin Thüne von der Forschungsstelle der Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Polizei und der Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung Timo Reinfrank über Anforderungen und Schlussfolgerungen für den Schutz von Minderheiten in Deutschland.

Letztendlich waren sich viele der Spezialist_innen einig, dass das Thema und das juristische Konzept vorurteilsmotivierter Gewalt bzw. Hasskriminalität zukünftig auch in Deutschland und Europa zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Einerseits deshalb, weil Gewalt gegen Minderheiten in den letzten Jahren starke Zuwächse hatte. Sie stellt nicht nur die Unversehrtheit oder sogar das Leben der direkt Betroffenen in Frage, sondern verbreitet auch in ihren Communities Angst und Schrecken und untergräbt demokratische Grundprinzipien einer offenen Gesellschaft. Andererseits fordern europäische Organisationen – wie z.B. die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, ECRI – auch von Deutschland eine exaktere Dokumentation von Hasskriminalität, gesetzliche Veränderungen und entsprechende Schulungen und Sensibilisierungen der damit befassten Beamt_innen von Polizei und Staatsanwaltschaft.

Um die Inhalte der Fachkonferenz sowohl den Teilnehmenden als auch einem breiteren Publikum zur Verfügung zu stellen haben wir im Rahmen der Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ einen Konferenzband zusammengestellt, der jetzt verfügbar ist. Dort sind die Vorträge und Diskussionen der Fachkonferenz dokumentiert sowie weiterführende Links und Informationen enthalten. Als OpenAccess-Publikation steht der Band unter www.idz-jena.de zum Download bereit und kann auch als Buch beim IDZ bestellt werden.

Gefördert wurde die Fachtagung von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, der Deutschen Stiftung Friedensforschung, der Stadt Jena und der Sebastian Cobler Stiftung für Bürgerrechte.

IDZ ist Teil des bundesweiten Verbundinstituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Am 28. September informierte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) über das Ergebnis eines wissenschaftsgeleiteten Auswahlprozesses für die Förderung des bundesweiten „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt". Von über 50 Bewerbungen wurden 11 Institute aus 10 Bundesländern ausgewählt – darunter auch das IDZ. Die weiteren Institutionen im Verbund sind:

Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld

SOCIUM, Universität Bremen

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt am Main

Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hans-Bredow-Institut für Medienforschung Hamburg

Leibniz Forschungszentrum TRUST, Leibniz Universität Hannover

Fachbereich Rechtswissenschaft, Universität Koblenz

Centre for Area Studies, Universität Leipzig

Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) teilte mit: „Die ausgewählten Einrichtungen haben sich im wissenschaftlichen Wettbewerb mit ihren Konzepten durchgesetzt. Sie bringen unterschiedliche Perspektiven und Expertisen ein. Das gilt es nun zu bündeln. Ich wünsche mir, dass wissenschaftliche Analyse, Praxiswissen und konkrete Handlungsoptionen Hand in Hand gehen." Bei der Eröffnungsveranstaltung in Berlin rief sie die beteiligten Wissenschaftler_innen auf, unbequem zu sein, sich in Debatten einzubringen und Forschungsergebnisse in die Gesellschaft zu tragen. In einer einjährigen Vorphase wird nun die Basis der gemeinsamen Forschungs- und Transferpraxis des bundesweiten Zusammenschlusses vorbereitet.

Aus der Arbeit des IDZ

Im Gespräch auf der Frankfurter Buchmesse (v.l.n.r.): Danijel Majić, Matthias Quent, Zoë Beck und Timo Reinfrank (Quelle: AAS)

IDZ auf der Frankfurter Buchmesse

Wie schon im Jahr 2017 war das IDZ auch in diesem Jahr bei der Frankfurter Buchmesse vertreten. Unter dem Motto „ON THE SAME PAGE" führte die Messe dieses Jahr eine Kampagne zum 70. Jubiläum der Menschenrechte durch. Am Stand der Amadeu Antonio Stiftung (AAS) wurde unter anderem die Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie" (WsD) präsentiert. In Kooperation mit dem Land Thüringen fanden auf der Bühne des Freistaates außerdem zwei gut besuchte Podiumsgespräche statt: Zoë Beck (Autorin, Verlegerin und Mitautorin von Verlage gegen Rechts), Timo Reinfrank (Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung) und Dr. Matthias Quent (Direktor des IDZ) diskutierten mit dem Moderator Danijel Majić (Frankfurter Rundschau) über die Strategien von und den Umgang mit Rechtsradikalen. In einer zweiten Veranstaltung wurden der dritte Band der WsD vorgestellt sowie Diagnosen und Ausblicke für den Gesellschaftlichen Zusammenhalt insbesondere in Ostdeutschland mit Dr. Axel Salheiser (Universität Jena), Elisabeth Schönrock (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement), Dr. Matthias Quent unter Moderation von Judith Rahner (AAS) diskutiert.

NEUE STUDIEN AUS DEM IDZ (AUSWAHL)

Islamismus und Muslimfeindlichkeit: Eine Hassliebe Maik Fielitz

Demokratiefeindliche Bewegungen verstärken sich, je mehr sie sich durch eine Gegenbewegung bestätigt fühlen. Dies ist ein zentrales Ergebnis der Studie mit dem Titel „Hassliebe“, die Interaktionsdynamiken zwischen rechtsextremen und islamistischen Akteuren untersuchte. Die Studie am IDZ wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und wurde im Juni 2018 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Grundlage von aufwendigen Online-Analysen wurden über eine Million Tweets und mehr als 10.000 Facebook Posts qualitativ und quantitativ ausgewertet. Das Forscher_innenteam des IDZ stellte in Kooperation mit dem Londoner Institute for Strategic Dialogue (ISD) mittelbare Interaktionen zwischen beiden Spektren fest, wonach es selten zu direkten Schlagabtauschen online und offline kommt, sondern vielmehr der instrumentelle Charakter des Opponenten von Bedeutung ist. Demnach arbeiten beide Seiten trotz ihrer Gegnerschaft an dem gemeinsamen Ziel, die offene Gesellschaft zu polarisieren und die liberale Demokratie zu destabilisieren. Um ihre Ideen in breitere Kreise zu verbreiten, nutzen sie fast identische Narrative: Erstens sind sie auf die Dämonisierung einer Fremdgruppe angewiesen, die angeblich versucht, die kulturellen Grundlagen der Eigengruppe auszulöschen. Zweitens schreiben sich beide Gruppen eine Vorreiterrolle zu, ihre Bezugsgruppen zu verteidigen und für deren Sicherheit zu sorgen. Dazu bauen sie bspw. Bürgerwehren und Parallelstrukturen zur staatlichen Daseinsvorsorge auf. Schließlich bauen beide Weltbilder auf dem Grundverständnis auf, dass sich die Welt gegen sie verschworen hat und beschwören einen unausweichlichen Konflikt zwischen ‚Zivilisationen‘, der sich in apokalyptischen Referenzen manifestiert. Nicht selten treffen sich beide Gruppierungen in ihrem geteilten Antisemitismus und Anti-Amerikanismus. Durch wechselseitige Referenzen schaukeln sich beide Seiten gegenseitig hoch, was zu einer Radikalisierung führen kann. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass beide Seiten so eng miteinander verzahnt sind, dass der Rechtsextremismus als nationaler Resonanzraum des internationalen Islamismus verstanden werden kann. Für die Prävention bedeutet dies, dass Interventionen relational verstanden werden müssen: Wer den Islamismus bekämpfen will, darf den Rechtsextremismus nicht aus dem Auge lassen – und andersherum.

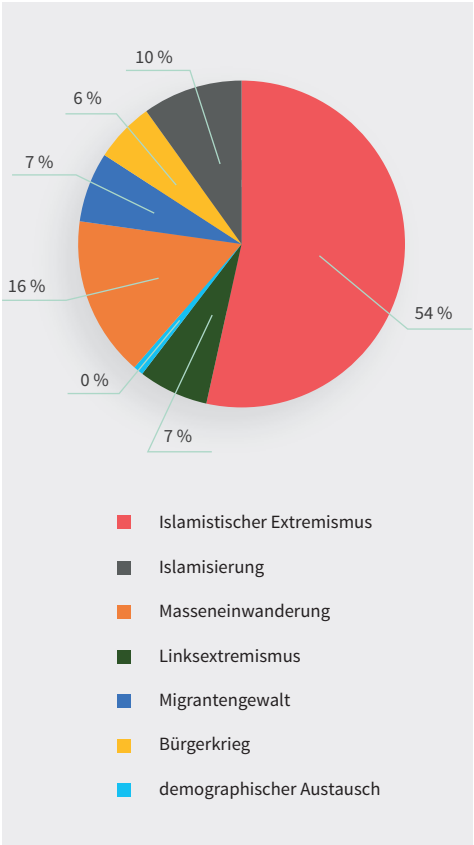

Abbildung 1: Opfer- und Feindnarrative in rechtsextremen Facebook-Gruppen

Die ausführliche Studie ist im IDZ kostenfrei bestellbar und kann heruntergeladen werden unter: https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/interaktionsdynamiken-islamistisch-und-rassistisch-begruendeter-demokratie-und-menschenfeindlichkeit/

#Hass im Netz ist ein Angriff auf die Meinungsfreiheit

Matthias Quent (IDZ), Anne-Lena von Hodenberg (Campact), Svenja Koch (Campact) bei der Landespressekonferenz in Wiesbaden (Quelle: Campact e.V.)

Im Auftrag der NGO „Campact e. V.“ hat das IDZ in einer repräsentativen Untersuchung die Erscheinungsformen und Folgen von Belästigungen und Hass in sozialen Netzwerken untersucht. Dazu wurden mehr als 1.200 hessische Internetnutzer_innen befragt. Die Ergebnisse wurden im Oktober 2018 in der Landespressekonferenz des Landtags in Wiesbaden vorgestellt und sind nun auch online zugänglich.

Die Studie zeigt unter anderem: Über ein Drittel der Befragten (34 %) gibt an, im Internet bereits beleidigt worden zu sein. Ein relevanter Teil der Menschen in Hessen, die von Belästigungen im Internet betroffen sind, klagen in der Folge über Depressionen und körperliche Beschwerden. Jüngere Menschen sind stärker betroffen als ältere. So berichten 30 % der 18 – 24-jährigen in der Folge von Belästigungserfahrungen im Netz über Depressionen.

Insgesamt geben 84 % der Befragten an, dass sie bereits aggressive oder abwertende Botschaften gegen mindestens eine der abgefragten Gruppen oder Institutionen gesehen haben. Hassbotschaften in sozialen Netzwerken führen dazu, dass sich Menschen weniger an politischen Diskussionen beteiligen und Onlineangebote verlassen. Dabei gibt es systematische Gruppenunterschiede: So ziehen sich Wähler_innen der AfD signifikant weniger aufgrund von Hass aus dem Internet zurück als die Wählerschaft aller anderen Parteien. Dieses Silencing gefährdet die demokratische Kultur nicht nur im Internet: Dies gilt besonders im Zusammenspiel mit rechtsradikalen Kampagnen, die den öffentlichen Diskurs im Internet unter anderem durch „Sockenpuppen“ (gefälschte Profile) manipulieren, um ihre Positionen als Mehrheitspositionen erscheinen zu lassen.

72 % stimmen der Aussage zu, dass Hasskommentare nicht toleriert werden sollten, egal ob sie gegen Gesetze verstoßen oder nicht. Nur 16 % sind der Meinung, „Hasskommentare müssen grundsätzlich toleriert werden“. Die Mehrheit fordert, dass etwas gegen den Hass im Netz getan wird. Ausführliche Informationen finden sich unter: https://www.idz-jena.de/forschungsprojekte/hass-im-netz-der-schleichende-angriff-auf-unsere-demokratie/

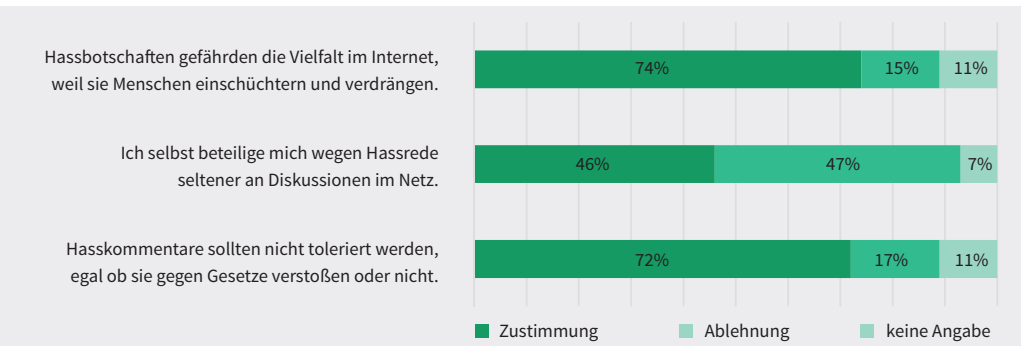

Abbildung 2: Auszug der Ergebnisse aus der Studie #Hass im Netz

Aus der Arbeit des IDZ

Austausch: Zivilgesellschaftliches Kuratorium trifft den Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow

Unserer Einladung folgend trafen sich am 19.09.2018 das zivilgesellschaftliche Kuratorium des IDZ und der Ministerpräsident Thüringens Bodo Ramelow zu einem Gespräch und fachlichen Austausch. Gemeinsam wurde über den gesamteuropäisch zu beobachtenden Rechtsruck, über den Aufmarsch Tausender Neonazis und die Eskalation der Gewalt in Chemnitz sowie den vom IDZ initiierten Aufruf zur Einführung einer Antirassismusklausel in die Thüringer Landesverfassung diskutiert. Auch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wurde pointiert thematisiert.

Bodo Ramelow betonte, dass die Bedrohung von rechts keine neue sei, die Quantität und auch die Erkenntnis der Bedrohung hingegen schon. Daher brauche es eine gesellschaftliche Kraft, die „Nein" sage. Von zivilgesellschaftlicher Seite wurde u. a. dargelegt, wie außergewöhnlich viele Vereine aktuell unter politischen Druck geraten würden, um einen adäquaten Umgang damit würde sehr gerungen. Außerdem wurde deutlich gemacht, dass Demokratie nicht nur ein Thema des Jugendbereichs sei, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in die Breite ausstrahlen müsse.

Mitglieder des zivilgesellschaftlichen Kuratoriums des IDZ sind aktuell Vertreter_innen der Amadeu Antonio Stiftung, der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V., des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), von ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, des Flüchtlingsrates Thüringen e. V., des Landesfrauenrates Thüringen e. V., des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschlands e. V., der Jüdischen Landesgemeinde e. V., von Mobit e. V., der Thüringer Bürgerbündnisse gegen Rechts, des Zentralrates der Muslime in Deutschland e. V. und des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma.

Aufbau des Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerks „thadine"

Um Diskriminierung als vielschichtiges Problem in Thüringen sichtbar zu machen und ein flächendeckendes und professionalisiertes Unterstützungsangebot für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, zu schaffen, schlossen sich Anfang 2018 unterschiedliche Organisationen und Aktivist_innen aus verschiedenen Bereichen der sozialen Arbeit, Bildung, politischen Arbeit und Wissenschaft zusammen. Das im Aufbau befindliche Netzwerk soll Kräfte und Expertise bündeln, um Antidiskriminierungsarbeit zum Thema politischer und fachlicher Auseinandersetzungen in Thüringen zu machen. Auch das IDZ ist maßgeblich am Aufbau des Netzwerkes beteiligt.

Am 20. Oktober fand ein erster Fachtag des Netzwerkes statt, um das Anliegen und die Arbeit der Öffentlichkeit vorzustellen. Im Rahmen des Fachtages stellte Janine Dieckmann (IDZ) Ergebnisse einer Befragung vor, die das IDZ im Namen von thadine durchführte. Die Befragung hatte zum Ziel, einen Einblick in den Status quo der Antidiskriminierungsarbeit in Thüringer Beratungsstellen zu geben.

48 Institutionen beteiligten sich an der Befragung. Die Mehrzahl der teilnehmenden Beratungsstellen arbeitet thüringenweit. Als Klientel nannten die meisten Beratungsstellen Migrant_innen und Geflüchtete (35 %). Als Themenschwerpunkte und Tätigkeitsfelder nannten diese Stellen vor allem „Bildung" und „Beratung". Weitere Schwerpunkte setzten sie auf „Arbeitsmarkt", Migration, Schulungen, Empowerment, aber auch Diskriminierung (siehe Abbildung 3).

Auf die Frage, welche Diskriminierungserfahrungen von Klient_innen berichtet wurden (Mehrfachantworten waren möglich), gaben zwei Drittel der Beratungsstellen an, dass diese Erfahrungen in Behörden (67 %), im sozialen Umfeld oder am Arbeitsplatz (65 %) gemacht wurden. Über die Hälfte der Beratungsstellen berichteten von Diskriminierungserfahrungen ihrer Klient_innen auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungsbereich bzw. auf

Abbildung 3: Genannte Themenschwerpunkte und Tätigkeitsfelder der teilnehmenden Beratungsstellen (thadine-Umfrage „Antidiskriminierungsarbeit in Thüringen“ 2018).

dem Arbeitsmarkt. Die Vorfälle, die berichtet wurden, fanden laut Beratungsstellen (Mehrfachantworten waren möglich) vor allem aufgrund der Migrationsgeschichte (67 %), der Religion oder der Hautfarbe (56 %) statt. Aber über die Hälfte der Beratungsstellen nannte auch die Geschlecht/-sidentität (40 %), die sexuelle Orientierung (35 %), den Bildungsstand bzw. eine Behinderung (33 %) als Diskriminierungsgrund.

Die Frage nach der Art der berichteten Diskriminierung beantworteten die meisten teilnehmenden Beratungsstellen (Mehrfachantworten waren möglich) mit Vorfällen auf individueller Ebene: durch Verhalten/Kommentare wahrgenommene Ausgrenzungen (79 %), aber auch körperliche Angriffe (52 %). Vielen Beratungsstellen wurde von institutionellen Diskriminierungsvorfällen berichtet (z.B. Entscheidung/ Umgang einer Behörde als benachteiligend wahrgenommen: 67 %). Mehr als der Hälfte der Institutionen wurde von Benachteiligungen bei der Vergabe von Wohnungen berichtet.

Die Thüringer Beratungsstellen bieten in den jeweiligen Situationen in den meisten Fällen zumindest das Sprechen im geschützten Raum an und helfen den Betroffenen, das Erlebte klar als Diskriminierung einzuordnen. Die Hälfte der teilnehmenden Institutionen begleitet auch in der Planung von Handlungen, viele bringen die Erfahrungen in Gremien ein. Jedoch nicht einmal die Hälfte der teilnehmenden Institutionen dokumentiert die Erfahrungen. Sogenannte Testings, also das bewusste Wiederherbeiführen einer Situation, in der Betroffene Diskriminierung erlebten, mit dem Ziel, Diskriminierende zu überführen (bspw. bei der Wohnungsvergabe), scheinen in der Antidiskriminierungsarbeit in Thüringen noch keine Rolle zu spielen. Nur die wenigsten beschreiten den Klageweg oder begleiten diesen.

Auffällig ist, dass das Verweisen an andere Beratungsstellen gängige Praxis zu sein scheint. Dabei wird bei Weitem am häufigsten an ezra, die Thüringer Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt verwiesen. Die Mehrheit der teilnehmenden Beratungsstellen schätzen ihre Beratungskompetenz als mittelmäßig ein. Hoher Kompetenz steht am häufigsten die mangelnde Zeit, auf Diskriminierungsverhalten angemessen einzugehen, gefolgt von mangelndem Personal im Weg.

Im Anschluss an die Eröffnung des Fachtages und den Vortrag von Janine Dieckmann und Christina Büttner (ezra) tauschten sich die Teilnehmenden in parallelen Werkstätten über ihre Erfahrungen aus der Antidiskriminierungsarbeit aus. Insbesondere reflektierten sie, wo sie bisher an ihre Grenzen stoßen und formulierten entsprechende Forderungen an Land, Kommune und thadine. Gemeinsam berieten sie, wie sich Thüringer Antidiskriminierungsarbeit zukünftig besser vernetzen und somit in effektiverer Form gestalten kann.

Aus der Arbeit des IDZ

„Gelingender Zusammenhalt ist kein Selbstläufer" – Veröffentlichung des 3. Bandes „Wissen schafft Demokratie"

Im dritten Band der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie" beschäftigen sich die Beiträge mit dem „Gesellschaftlichen Zusammenhalt" und seinen Herausforderungen. Mit einem Vortrag von Andreas Grau (Bertelsmann Stiftung) und einer Podiumsdiskussion zu aktuellen Herausforderungen für den Zusammenhalt in Thüringen wurde der Band am 21. September 2018 in der Volkshochschule Eisenach vorgestellt. Nachdem Janine Dieckmann das Anliegen und den Inhalt des neuen Bandes genauer erläuterte, stellte Andreas Grau die Ergebnisse des „Radars gesellschaftlicher Zusammenhalt" 2017 der Bertelsmann Stiftung für Thüringen vor, welche er mit seinem Kollegen Kai Unzicker im Band veröffentlichte. Er stellte heraus, dass Thüringen im Vergleich aller Bundesländer hinsichtlich des Zusammenhalts den drittniedrigsten Wert aufweist. Er ging auf ökonomisch-strukturelle Faktoren ein und diskutierte auch den Ost-West-Unterschied, welcher sich in den Daten des Zusammenhaltsmonitors zeigte. Mögliche Ursachen für den geringeren Zusammenhalt in den neuen Bundesländern wurden auch in der anschließenden Publikumsdiskussion lebhaft debattiert.

In der Podiumsdiskussion vertiefte Matthias Quent mit seinen Gästen Mirjam Kruppa (Beauftragte des Freistaats Thüringen für Migration, Integration und Flüchtlinge), Michael Ebenau (Gewerkschaftssekretär IG-Metall), Ingo Wachtmeister (Sozialdezernent der Stadt Eisenach) und Andreas Grau noch einmal Herausforderungen, die den Zusammenhalt momentan in Thüringen herausfordern: Unter anderem die Frage, warum Diskurse um den Zusammenhalt sich scheinbar reflexartig auch immer um Migrationsfragen drehen. Mirjam Kruppa antwortete, dass hierbei das Gefühl "Mir wird von meinem Wohlstand etwas weggenommen" fälschlicherweise auf Migrant_innen gespiegelt werde. Dabei brauche es Migration, um genau diesen Wohlstand beizubehalten. Auf Nachfrage aus dem Publikum berichtete sie über ihre Beweggründe einen offenen Brief an die Kanzlerin zu schreiben. Sie rief auf, Haltung zu zeigen für eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik, für das Retten von Menschen im Mittelmeer. Jede Person, jede Kommune, jede Stadt könne Haltung zeigen.

Das Podium diskutierte als aktuelle Herausforderung auch den Umgang mit Rechtspopulismus und wie dieser versucht, sich als Lösung für einen gefühlten Kontrollverlust der Menschen in Thüringen anzubieten. Michael Ebenau betonte dabei aus Gewerkschaftssicht: „In den Gewerkschaften müssen wir dem gefühlten Kontrollverlust entgegenwirken und um die Köpfe kämpfen, die sich der AfD zuwenden." Auch die Diskussion zur Situation in Eisenach selbst, welche durch eine stark sichtbare und gewaltbereite rechtsradikale Szene gekennzeichnet ist, mit Ingo Wachtmeister zeigte auf, dass die aktuellen Herausforderungen für den Zusammenhalt vielfältig sind. Sie gehen einher mit einer starken gesellschaftlichen Polarisierung. Eine prodemokratische Haltung und Positionierung ist dabei von allen Beteiligten essenziell, reicht jedoch allein nicht aus.

Janine Dieckmann stellt den neuen Band der IDZ-Schriftenreihe "Wissen schafft Demokratie" zum Thema "Gesellschaftlicher Zusammenhalt" in Eisenach vor.

Gesprächsreihe: Mit uns statt über uns! – Wir sprechen über Demokratie

Vom 04.02. – 09.02.2019, 18:00 – 19:00 Uhr im Deutschen Nationaltheater Weimar

„Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt.“ Dieses Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann (1899-1976) verweist auf die Bedeutung eines wichtigen demokratischen Grundprinzips: den Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung.

Im Rahmen der Woche der Demokratie des Deutschen Nationaltheaters Weimar führt das IDZ eine Gesprächsreihe zum Thema „Mit uns statt über uns! – Wir sprechen über Demokratie“ durch. Dafür haben wir Vertreter_innen aus unterschiedlichen marginalisierten Gruppen eingeladen, um mit ihnen über den Minderheitenschutz als demokratisches Grundprinzip ins Gespräch kommen. Werden Minderheiten in Deutschland ausreichend vor Benachteiligung, Diskriminierung, Hass und Gewalt geschützt? Wie können Gleichberechtigung, Inklusion und Vielfalt gelingen? Diskutieren sie mit!

Montag, 04.02.2019:
Lasst uns Formen sprengen! – Kultur und Migration

Dienstag, 05.02.2019:
Weit verbreitet – tief verwurzelt – kaum aufgearbeitet: Antiziganismus in Deutschland.

Donnerstag, 07.02.2019:
Barrieren in unserer Gesellschaft – Wie Menschen behindert werden.

Freitag, 08.02.2019:
Demokrat*in gesucht – Warum wir mehr als zwei Geschlechter brauchen.

Samstag, 09.02.2019:
Decolonizing our democracy – Was hat die Kolonialzeit mit unserer Demokratie zu tun?

Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“

Die Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) ist ein Instrument für den kontinuierlichen Transfer von Beobachtungen, Erfahrungen, Analysen und Befunden zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Menschenfeindliche und demokratiegefährdende Phänomene (z. B. Rechtspopulismus, Diskriminierung, Hassaktivitäten) werden von unterschiedlichen Standpunkten beleuchtet. Sie richtet sich an zivilgesellschaftliche und politische Akteur/-innen sowie Wissenschaftler/-innen. Sie erscheint zweimal jährlich kostenfrei als Print- und Online-Version mit großer Reichweite. Perspektiven aus Praxis und Wissenschaft, welche sich mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, Problemstellungen und Gefahren, aber auch mit Potenzialen, Möglichkeiten und vorhandenen Praxisbeispielen beschäftigen, werden zusammengetragen. Die Gewinnung und öffentliche Vermittlung von Wissen ist ein Beitrag zur Stärkung der demokratischen Kultur und der Zivilgesellschaft, denn „Wissen schafft Demokratie“.

Impressum

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft
Talstraße 84, 07743 Jena

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/ die Autorin bzw. tragen die Autor/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

In Trägerschaft der

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Gefördert von:

denk BUNT – Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat Thüringen – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

NEUE PUBLIKATION

WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE IV

SCHWERPUNKT **HASSKRIMINALITÄT**

Der vierte Band der IDZ-Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ dokumentiert die Vorträge und Diskussionen der Fachkonferenz "Gewalt gegen Minderheiten", die das IDZ im September 2018 in Jena veranstaltet hat (siehe S. 3 in diesem Newsletter).

Aus dem Inhalt:

Marc Coester: *Das Konzept der Vorurteilskriminalität*

Julia Habermann & Tobias Singelnstein: *Praxis und Probleme der Erfassung politisch rechts motivierter Kriminalität durch die Polizei (Erfassungssystem PMK-rechts)*

Eva Groß, Arne Dreißigacker & Lars Riesner: *Viktimisierung durch Hasskriminalität. Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein*

Eva Drubig (Zentralrat der Juden in Deutschland), **Jenny Renner** (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland), **Onur Özata** (Rechtsanwalt, u.a. im OEZ-Verfahren in München), **Paul Neupert** (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe): *Hasskriminalität aus Betroffenenperspektive: Verschiedene Kontexte, ähnliche Erfahrungen*

Barbara Perry: *Hasskriminalität als Herausforderung für Inklusion und Vielfalt*

Barbara John: *Hasskriminalität aus europäischer Perspektive*

Chris Allen: *Hasskriminalität in Großbritannien*

Christina Büttner: *Folgen rechter Gewalt für Betroffene und Möglichkeiten der Unterstützung durch spezialisierte Opferberatungsstellen*

Kati Lang: *Schutz von Menschenrechten oder „Gesinnungsjustiz“ – die Verfolgung von Hasskriminalität durch Behörden und Justiz*

ALLE BEITRÄGE FREI ZUGÄNGLICH UNTER:
www.idz-jena.de

Falls Sie Interesse an der kostenfreien Zusendung des Konferenzbandes haben, können Sie sich hier dafür anmelden: bestellung@idz-jena.de. Zusätzlich werden alle Texte auch kostenfrei auf der Webseite des IDZ zum Download bereitgestellt: https://www.idz-jena.de/im-dialog/schriftenreihe-wissen-schafft-demokratie/